

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags, Bezugspreis drei Monats 115.—Mk. Durch die Post monatlich 115.—Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Verbandsleitung, Halle, den 19. September 1922. U. 2221. Größe 7—5 1/2. Schriftleitung: Halle 1922. Preis 12.— u. 4.—Mk.

Der Anzeigenpreis beträgt 6.—Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 40.—Mk. für den Restraum, einschließlich an den dreizehntägigen Zeitstellen. 9 Uhr abends, größte Tage vorher. — Postfachkonto: Leipzig 1922 43. Fritz Schick, Halle

Einzelpreis 5 Mark

Dienstag, den 19. September 1922

2. Jahrgang. Nr. 219

Der Reichsbetriebsrätekongress beschlossen!

An die Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Auf den Ruf der Berliner Betriebsräte ist eine große Anzahl von Delegierten aus dem Reich nach Berlin gekommen, um die Schritte zu machen, zu denen die zwei Berliner Volkerversammlungen der Berliner Betriebsräte die Grundlage gaben.

Kollegen! Aus den 200 erschienenen Betriebsräten und Kontrollausschüssen hat sich der unterzeichnete

Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte

gebildet, der die schweren Vorarbeiten für den

Reichsbetriebsrätekongress

leiten soll.

Auf die eigene Kraft gestellt, müssen die deutschen Arbeiter ihren Weg gehen, um die Teuerung und Verelendung, den Angriff der Unternehmer, den Wucher und die Schiedungen des Kapitals abzuwehren. Auf die eigene Kraft gestellt sind auch bisher die Betriebsräte, die das Wort begannen; auf die eigene Kraft gestellt — das heißt, auf die Kraft der Arbeiter in den Betrieben.

Doch bevor wir uns an diese Kollegen wenden, die die Not und die Lasten der Teuerung tagtäglich immer drückender zu spüren bekommen, wenden wir uns nochmals mit allem Ernst und mit allem Nachdruck an die Führer jener Organisationen, welche die Kapitalistenorganisationen des deutschen Proletariats sein sollen,

an die Führer des ADGB.

Wir, die Beauftragten der Arbeiter aus allen Teilen des Reichs, haben beschlossen,

zum 22. Oktober 1922 einen Reichsbetriebsrätekongress

einzuberufen, dessen Delegierte durch Urwahlen aus den Betrieben hervorgehen sollen.

Wir wenden uns nochmals an die Führer des ADGB, und verlangen im Namen der Arbeiter, die uns beauftragt haben, bis zum 28. September uns verbindlich die Antwort zu geben, ob der ADGB unseren Schritt unterstützen will oder nicht.

Wir kennen die Schwierigkeiten — aber sie schrecken uns nicht. Für die Finanzierung werden die Arbeiter selbst sorgen, wenn sie wissen, daß es sich um die wirtschaftliche Wahrung der proletarischen Interessen handelt; die Schwierigkeiten der Wahlen überhagen wir gleichfalls nicht: unter Nachstehendem, das wir heute veröffentlichten, erleichtert die technischen Vorgänge.

Die wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten dagegen müssen überwunden werden. Was es sich um Leben und Sterben der deutschen Arbeiterklasse handelt, dort steht sie vor keiner Schwierigkeit zurück.

Sollten aber schließlich formale Schwierigkeiten geltend gemacht werden, daß wir eine nicht ordnungsgemäße Anzahl seien — so fordern wir die ordnungsgemäße Anzahl auf, unseren Schritt gutzuheißen und ihn mitzumachen!

Gleichzeitig fordern wir die drei Arbeiterparteien auf, zu unserer nächsten Sitzung, am 24. September, Vertreter zu entsenden.

Der Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen Teuerung und Verelendung muß die Arbeiterklasse geschlossen und einig machen — sie ist dann unbesieglich.

Kollegen!

Nur ist die Zeit, die bis zum Tage des Reichskongresses geblieben ist, und diese kurze Zeit muß ausgenutzt sein mit gemaltiger Vorbereitung.

Der Reichsbetriebsrätekongress muß den Kampf gegen die Teuerung vereinfachen, damit er das kann, müssen die Kampfschritte begonnen werden.

Aber der Reichsbetriebsrätekongress muß sich bereits auf Organe der Arbeiterklasse stützen können; und auch die örtlichen Kämpfe werden keinen Erfolg bringen können, wenn sie nicht planmäßig geführt werden.

Darum fordern wir Euch mit allem Nachdruck auf: Bildet örtliche Kontrollausschüsse, gebt ihnen die breitetste Basis durch Volkerverammlungen der Betriebsräte, durch Betriebskongresse der Einzelländer und Bezirkskongresse!

Kollegen!

Ihr habt alle begriffen, daß bloße Dohnerbündungen Euch nicht nützen. Das läßt sich an der Wertspeise gefühlt werden: Ihr müßt die Preisbildung beeinflussen können; und das könnt Ihr nur, wenn Ihr die Produktion selbst überwaht:

Hier liegt die eigentliche Aufgabe der Kontrollausschüsse.

Die Lebensmittelpreise könnt Ihr nur dann herabsetzen, wenn Ihr die Produktion kontrolliert und die Verteilung selbst in die Hände nehmt.

Der örtliche Kontrollausschüsse, Gemeindeparlament, Wochenspiegel

und Eisenbahnbetriebsräte, unterstützt von Hausfrauen und Konsumgenossenschaften, müssen zusammenwirken.

Die Kohlepreise könnt Ihr nur dann herabsetzen, wenn Ihr die Kohlewirtschaft ins Ausland, Einkaufspreis, Verteilung überwaschen könnt, und Gemeinde, Land und Reichsbehörden zwingt, die Kohlen- und Umweltschwerer bei der Hausbrandtöbe abzuschaffen.

Kleidung, Schuhwerk, ja alles, was in den deutschen Fabriken erzeugt wird, werdet Ihr erst dann wieder kaufen können, wenn Ihr Euch Einbild verhasst habt in die Art der Erzeugung. Und Ihr müßt Euch schon jetzt diesen Einbild verhasst lassen.

Erzwingt die Anerkennung der örtlichen Kontrollausschüsse!

Verlangt Einbild in die Geschäftsbücher!

Veröffentlichung jeden Mißbrauchs, den Ihr findet! — das ist die beste Vorbereitung für den Reichsbetriebsrätekongress.

Kollegen!

Ihr alle versteht, wie schwer die Kämpfe sind, die vor Euch liegen. Die Schwierigkeiten werden Euch nicht vom Weg abbringen, den zu gehen Ihr Euch entschlossen habt. Es gilt aber, auch den letzten Arbeiter zu mobilisieren, es gilt, auch diejenigen auf die Beine zu bringen, die nicht, wie Ihr, im Betriebe stehen.

Wir fordern Euch deshalb auf, am

Sonntag, dem 1. Oktober,

in ganz Deutschland durch eine gemaltige Demonstration in den Vierteln, in denen die Bourgeoisie wohnt, den Schlemmer und Praßler zu zeigen, daß Ihr bereit seid, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Eure Demonstration soll eine Heerfahrt sein, ein Aufmarsch, eine Kundgebung für die Forderungen, für deren Durchsetzung die Arbeiterklasse alle Mittel anzuwenden bereit ist.

Kollegen!

Der Reichsausschuss wird sofort Verbindung herstellen zwischen den örtlichen Kontrollausschüssen. Es gilt, jeden einzelnen Bezirk zu mobilisieren und in jedem Gebiet die Schritte zu machen, die dort möglich und nötig sind.

Arbeiter Deutschlands!

Müht die Zeit! Erzwingt die Anerkennung Eurer Kontrollausschüsse!

Auf, zum Kampf für die Kontrolle der Produktion!

Mittet zum Reichsbetriebsrätekongress!

Rehmann (Leipzig). Köhler (Dresden). Danus (Chemnitz). D. Wippert (Magdeburg). Schobek (Eisleben). Krauher (Halle). Wilschlag (Bodum). Heibel (Erfurt). Adel (Eisenach). Baader (Eisenach). Hempel (Frankfurt a. M.). Zimmermann (Königsberg). Deutlich (Eisenach). Later (Görlitz). Gehring (Hamburg). Rogge (Hannover). Werf, (Lagerlow, Kometen). Groß (Berlin). Hennig (Berlin). Schulz (Berlin). Werner (Berlin). Schweg (Berlin).

Betriebsrätekongress Rheinland-Westfalen

(Eigener Bericht)

Düsseldorf, 18. September.

Über 400 Betriebsräte des Kreises Solingen haben auf einer Tagung in D. Pladen Stellung genommen zu der nötigsten Forderung der Arbeiterorganisationen gegen Not, Elend und Verelendung des deutschen Proletariats. Eine Entschließung brachte zum Ausdruck, daß die Arbeitermassen jeden Glauben an eine tatsächliche Hilfe durch die Spitzenorganisationen verloren haben.

Die 400-Betriebsräte des Kreises Solingen haben weiter eine Kommission zur Vorbereitung des Betriebsrätekongresses für Rheinland-Westfalen gebildet. Darauf wurden in einer konstituierenden Sitzung aller Mitglieder der Betriebsräteauschüsse für Rheinland-Westfalen die letzten organisatorischen Maßnahmen für den Betriebsrätekongress für Rheinland-Westfalen beschlossen. Zur Konferenz des Reichsausschusses der Betriebsräte in Berlin wurden Delegierte entsandt.

Nach neuesten Meldungen gewinnt die Betriebsräte-Kongress-Bewegung in Rheinland-Westfalen immer mehr an Boden. So traf sich am Sonntag Betriebsräte aus Düsseldorf, Maaßen, Elberfeld, Herfeln, Remscheid und vielen anderen Orten des Industriebezirks und beschloß einstimmig die Vorbereitungen des Kongresses für den Westen zu übernehmen. Sie wählten eine dreiköpfige Leitung und einigen sich darauf, am Mittwoch wieder zusammenzutreten und die Bewegung ständig zu überwahten.

Dollar vormittags: 1400 Mark

Die Betriebsräte Deutschlands

Die Einheitsfront der Arbeiter bildet sich übers Reich

3. D. Schritt um Schritt gehen die Betriebsräte jenen Weg, den die zwei Volkerverammlungen der Berliner Betriebsräte vorgezeichnet haben. Die beiden Offenen Briefe der Berliner Arbeiter haben im ganzen Reich einen Widerhall gewekt und Antworten gefunden, die bald härter, bald schwächer klingen, die aber nirgendwo in andere Richtung weichen. Nirgendwo — außer bei einigen bornierten typischen „Bonzen“, die glauben, eine spontane, aus den Werten der Zeit geborene Bewegung, mit Drohungen, schlechten Wägen und Ausschüssen niederzutrumpfen zu können. Die geschäftlichen Bonzen legen sich bereits auf das Verprügeln und sind auch schon bereit, die Einheitsfront eines Reichsbetriebsrätekongresses „in Erwägung zu ziehen“.

Aber die deutschen Arbeiter haben keine Zeit. Am 1. Oktober werden die Stadt- und Personalarbeiter gewaltig in die Höhe gedrückt; dadurch entsteht eine neue Teuerungswelle. Der vollständige Reichsausschuss hat die Erhöhung des Preises für Umlagegetreide beschlossen, auf das Vierfache genehmigt; die Hungernot wird also ungeheuerlich wachsen. An Kauten von Hausbrandtöbe ist nicht zu denken: ein kalter Winter liegt vor der Tür.

Die Bureauträten „ziehen Maßnahmen in Erwägung“, die schwarzrotgeordneten „Sozialisten“ machen Arbeiter mit Einigungsplänen besoffen — und trotzdem beginnen die Arbeiter zu handeln. Neue 200 Betriebsräte aller Richtungen und aus allen Teilen Deutschlands, die am 17. September in Berlin einstimmig die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses für den 22. Oktober beschlossen, handelten als Beauftragte der Arbeiter, die sie nach Berlin geschickt hatten. Sie legten damit konsequent das Wort fort, das die Berliner Arbeiter begonnen hatten.

Die Tagung war beduht in vieler Beziehung: sie war einheitlich in der Stimmung, trotzdem Vertreter aller Arbeiterparteien sprachen; sie war kampftüchtig und nichtübrig; sie ging überbies um einen Schritt über das hinaus, was die Berliner Arbeiter hatten bisher tun können; sie forderte alle deutschen Arbeiter auf, am 1. Oktober durch einheitliche Demonstrationen in den Bourgeois-Vierteln eine Heerfahrt als Anknüpfung des Aufmarsches, der nach dem Reichsbetriebsrätekongress beginnen muß.

Dem ADGB wurde noch einmal eine Frist gesetzt: bis zum 28. September hat er sich zu entscheiden, ob er diesen von den größten Betrieben Deutschlands geforderten Schritt unterstützen will oder nicht.

Die verammelten Betriebsräte wählten sich einen Reichsausschuss, der mit den Vorarbeiten beauftragt wurde, und dessen erste Kundgebung, ein neuer Aufmarsch, bereits auf einige kontre Schritte, die getan werden können und müssen, hinweist. Es steht außer Zweifel, daß die genaue Ausführung, die je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden sein wird, folgen muß.

Die Tagung in Berlin bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts. Die dort im Prinzip beschlossenen und im großen Umfange festgelegten Richtlinien sind jetzt auszuführen, zu spezifizieren und vor allem praktisch ins Leben zu rufen.

Das ist die Hauptarbeit, die nicht nur der Reichsausschuss der Betriebsräte zu übernehmen hat, sondern die vor allem örtlich geleistet werden muß.

Schließlich ist bedeutungsvoll, daß der Auftrag des Reichsausschusses die Arbeiterparteien auffordert, Vertreter in die nächste Sitzung zu entsenden. Wir Kommunisten haben immer wieder betont: wo die Arbeiter von unten her sich zusammenschließen zum Kampf um ihre Forderungen — dort ist die Einheitsfront zu bilden. Wir begrüßen deshalb die Bewegung der Betriebsräte als Einheitsfront-Bewegung. Wir haben aber ebenso nachdrücklich betont, was die Spitzenorganisationen, um Kampfbeschlüsse der Arbeiter zu setzen oder zu unterstützen, dort werden wir stets dabei sein, mögen auch unsere Kontrahenten unserer Meinung nach wenig zuverlässig oder vertrauenswürdig sein: denn wir wollen auch den Anfeindern verzeihen, als ob wir aus „unselbstigen“ Gründen die Einheitsfront fördern.

Wir begrüßen deshalb die von den Betriebsräten ergangene Einladung. Wiederum muß es sich zeigen, ob die menschenfeindlichen Parteiführer für die Arbeiter kämpfen wollen und wie. Kommen sie — gut; sie werden dann gewonnen sein, klar zu sagen, wie sie sich die Abwehr der Teuerung denken. Kommen sie nicht — auch gut; sie bewiesen dann, daß sie unter Einwirkung lediglich jener Ausgebungs-Revolutionären Vollen mit der schwarzrotgeordneten „Deutschland-über-alles“-Dummheit verleben. Wir Kommunisten wissen das längst. Andere Arbeiter wollen das nicht glauben. Die Probe aufs Exempel ist leicht gemacht.

Verammlungen der Betriebsräte-Delegierten in Berlin. In Berlin fanden gestern jedes überläufige öffentliche Verammlungen statt, in denen die Delegierten zum Reichsausschuss der Betriebsräte unter höchstem Beifall ihre Ziele auseinandersetzten.

Konstituierung des Reichsausschusses

Wahlprogramm und Herausgabe eines Mitteilungsblattes

Der Reichsausschuss trat am Sonntag, dem 18. September keine erste Sitzung und wählte in ein Präsidium, bestehend aus den Kollegen Große, Berlin, SPD, Korfhäuser, Böhmer, Berlin, SPD, Korfhäuser, Schulz, Berlin, USPD, Schriftführer: Bohl, Effen, SPD; Gehring, Hamburg, SPD; Köhler, Berlin, SPD; und einen Kassierer, Berlin, SPD. Die Beschlüsse sind im Anhang zu den Beschlüssen veröffentlicht.

1. Wahl der Delegierten: Auf 5000 Beschäftigte ein Delegierter.
2. Wahlbezirke: Die Betriebsratsauschüsse des ADGB.
3. Wahlkörper: Die Industriegruppen mit weniger als 5000 Beschäftigten sollen einen Delegierten entsenden, wenn sie im Schnitt mindestens 2500 Beschäftigte zählen, sonst mit Nachbarn zusammenfassen.
4. Kandidatenaufrufung: Durch die Betriebsräte der betreffenden Industriegruppe. Wählberechtigte werden zur Wahl gestellt, wenn sie 10 Prozent der abgegebenen Stimmen erwirbt.
5. Wahlen: Stimmrecht mit Verhältniswahl.
6. Wahlort: Der Betrieb. Betriebe mit nur Betriebsabnehmern werden zu Wahlbezirken zusammengefasst.
7. Wahlverfahren: Die Wahlverfahren sind im Anhang zu den Beschlüssen veröffentlicht.
8. Wahlverfahren: Die Wahlverfahren sind im Anhang zu den Beschlüssen veröffentlicht.

Die Aktion der Stuttgarter Arbeiterschaft

(Eigener Bericht)

Stuttgart, 18. September.
Eine Kommission von Betriebsräten sämtlicher Betriebsräte und einigen Parteien aus fast allen Betrieben der Stadt Stuttgart, deren Ziel es ist, die Arbeiter der Stuttgarter Arbeiterschaft zu organisieren, hat am 18. September eine öffentliche Versammlung abgehalten. Die Arbeiter der Stuttgarter Arbeiterschaft sind in der Versammlung zum Ausdruck gebracht, dass sie gemeinsam und geschlossen den Kampf gegen Hunger, Not und Verdrückung führen will, sei es zum heutigen Tag oder zum nächsten Sonntag. Die Versammlung hat beschlossen, am 5. September habe die Stuttgarter Arbeiterschaft eine öffentliche Versammlung abgehalten, um die Forderungen der Arbeiter der Stuttgarter Arbeiterschaft zu formulieren. Die Versammlung hat beschlossen, am 5. September habe die Stuttgarter Arbeiterschaft eine öffentliche Versammlung abgehalten, um die Forderungen der Arbeiter der Stuttgarter Arbeiterschaft zu formulieren.

Das belgische Ultimatum angenommen

Brüssel, 18. September.
Nach Kläffung des Reichsanpräsidenten Hagenstein aus London, hat heute nachmittag eine Kabinetsitzung stattgefunden, bei der die Frage der Belgien angebotenen Schiedsgerichtshofes behandelt wurde. Der Reichsanpräsident hat erklärt, dass das Reichsamt nunmehr bereit ist, die belgischen Forderungen, nämlich die Belgien die Hintertreibung von 100 Millionen Goldmark als Sicherheit für die beiden Botsen. In der dies zweite Fortsetzung scheint sich aber der offizielle Bericht aus, nach welchem mit man eine Klärung darüber erst am dem Umwege über Paris London oder Brüssel erfahren. Für jeden Fall hat das Kabinett einen neuen „Erfolg“ errungen. An der Goldbörse ist wieder ein Stillstand eingetreten, die belgische Währung kann weiter verteidigt werden und die Arbeiter müssen das Verbleiben lassen. Die deutsche Republik geht „stetiger und sicher“ ihren Weg.

Den Junkern gib's der Herr im Schlaf

Die Agrarier fordern bekanntlich höhere Preise für Getreide. Es sollen auch die Unionsgetreide nicht liefern. Sie erklären, das Getreide über die Getreidemenge ist unbrauchbar. Und nun hebe da die Getreidepreise an. Sie ist so leicht, das die Unionsgetreide nicht geliefert werden können und der Getreide so gering, das man mit den Unionsgetreide nicht zurechtkommt. In solcher Verwirrung liefern die Getreidehändler das gewöhnliche Material. Zu den Berichten liefern Agrarier die Angaben, die die Getreidehändler geben. Was jetzt im Saatenhandlungen vorliegt, ist ein enormes Wachstum, auf Zehntelung bezogen. Die Agrarier sind fast alle. Man hört nur sie wollen gerne Kartoffeln verkaufen. Und sie wollen aus Kartoffeln gerne Schnaps brennen. Das sind extra löhrende Geschäfte, die die Agrarier der Regierung, die Erste in Kartoffeln in Verwendung. Wir werden gerade in Kartoffeln. Ein Verbot des Brennens der Kartoffel als Viehfutter, ein Verbot des Brennens für die Brauereibereitung. Eine Zwangsverpflichtung der Kartoffeln ist auch notwendig überflüssig. Solchen gewichtigen Gründen kann

sch eine demokratische Regierung natürlich nicht verfehlen. Die Schweine und Schnapsbrennen dürfen sich freuen, für sie gibt es Kartoffeln. Und die Preise werden steigen. Die Junker haben Glück.
Nach ein fähiger Punkt ist die: der Handel mit dem Zucker. Die Junker erklären, wenn die Zwangswirtschaft für Zucker angewandt wird, dann nimmt die Produktion rasch ab. Die Zwangswirtschaft muss aufgehoben, und die Preise der Zuckers. Der Kauf und Wiederverkauf der Zwangswirtschaft soll laut. Und siehe da die Rübenbauern sind in der Lage, zu erklären, dieses Jahr gibt es eine glänzende Ernte, die Preise werden sinken, und die Regierung verzichtet auf Zwangswirtschaft. Zur Karren können glauben, es gebe nun billigen Zucker. Den Junker geht eben alles nach Wunsch.

Der SPD-Parteitag

(Eigene Drameldung)

München, 18. September.
Der Parteitag der SPD, wie vorausgesagt war, langweilig und einmütig. Man mag sich an keine Sache erinnern, vertritt alles auf München, die große Einigkeit. Um so glücklicher war alles, als man in der angebotenen Erhebung des Preispreises ein willkommene Ablenkungsmittel gefunden hat. Müller und Braun greifen nicht danach, denn niemand ihre Erhebungen ernst nehmen und selbst den Inhalt anfänglichen, liegen sie es an scharfen Worten nicht fehlen. Somit enthielt Müllers und Brauns Rede nichts Bemerkenswertes. Braun, der den Geschäftsbericht gab, machte den Rückgang der Mitgliederzahl abgeben. Die folgenden Reden gaben die Gründe an, allerdings zum großen Entsetzen des Parteivorstandes, der lieber jede Kritik unterdrücken möchte. Braun gefiel sich noch in einigen persönlichen Anspielungen gegen Reich und selbst mit nichtslagenen Worten. Eine prinzipielle Stellungnahme scheute dieser Clown, wie auch der folgende Reich, gab die Gründe an, allerdings zum großen Entsetzen des Parteivorstandes, der lieber jede Kritik unterdrücken möchte. Braun gefiel sich noch in einigen persönlichen Anspielungen gegen Reich und selbst mit nichtslagenen Worten. Eine prinzipielle Stellungnahme scheute dieser Clown, wie auch der folgende Reich, gab die Gründe an, allerdings zum großen Entsetzen des Parteivorstandes, der lieber jede Kritik unterdrücken möchte.

In der Nachmittagsession berichtete die Parteiprüfungskommission, das einmütig die Vertreter des Parteivorstandes und der Fraktion insgesamt 349 Delegierte anwesend waren. Die Diskussion zum Vorhandenbericht erstreckte sich auf (Präsident a. M.) mit einer scharfen Kritik der bis herigen Sozialdemokratischen Politik. Er bebaute den Rückgang der Mitglieder. Die deutsche Sozialdemokratie habe durch ihre eigene Politik diesen Rückgang verschuldet. Der Verwaltungsapparat funktioniere gut, aber der Kraftvolle Gehalt des Parteigeldes fehle. Die Parteimaße könne ohne selbständige Kämpfer den Sozialismus nicht schaffen. Es fehle die lebendige Anteilnahme. Es gebe zu viele Genossen, die der Reaktion Vorpostenlinie leisteten, sowohl in der Presse, als auch in anderen.

Das waffenlose Organ der Sozialdemokratie, die „Neue Zeit“, sei überaus nicht mehr zu ertragen. Der einzige Trost sei der, dass sie nicht gelesen werde. Obwohl gerade dieser Redner der Stimmung treuer Kreise innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft treffender Ausdruck gab, wurden keine Ausführungen mit immer steigender Unruhe des Parteitagabes begleitet, besonders, als er aus Furcht vor den bürgerlichen Freunden in Parteifreien bestehende Anglistik in Grund und Boden kritisierte. Während die Mehrzahl der anwesenden Parteifunktionäre laut murmelte, mischte sich der Beifall kleiner Gruppen herein.

Dreißer (Holl) meinte auf die organisatorischen Erfolge der Bewegung und der SPD in den letzten Jahren hin. Er sei eine große Parteimehrheit einestimmig. Die Thüringer Wahlen rebeten eine deutliche Sprache. Auf einen Zuspruch von Reich enthielte ihm das Gefühl, auch anderswo würden die Wahlen für die Sozialdemokratie nicht besser ausfallen. Ein Delegierter aus Breslau kritisierte die politische Haltung der SPD, und lehnte dem in der Oberflächlichkeit unangenehm geäußerten „die gut preislich allernene“ ein. Die sozialistische Internationalen entgegen. Die Kommissionspolitik der Partei habe die hundertsten Arbeiter in der Partei. Die Lebensweise für das republikanische Professionsbüro Stinnes.

Wolf Braun verteidigte seine Haltung betreffs Oberflächlichkeit und Hamburg. Schlich (Breslau) und Hoch (Hannau) mit unerbittlichen Ausführungen kamen zu Worte. Hierauf vertagte der Parteitag die weiteren Verhandlungen auf Dienstag vormittag 9 Uhr.

Die Stadtratswahlen in Braunschweig

(Eigener Bericht)

Braunschweig, 18. September.
Herrn fanden in der Stadt Braunschweig die Wahlen der unteren Stadtratswahl statt. Dabei erhielt die Sozialdemokratie 5581 Stimmen, die Unabhängigen 1456, die Kommunisten 508, die wirtschaftliche Einheitsliste (bürgerlich) 2174 und die Demokraten 201 Stimmen. Im Vergleich mit den Landtagswahlen im März verloren die Unabhängigen 12 000, die Wirtschaftlichen 6000 Stimmen. Nur die Sozialdemokraten verloren an Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug kaum 50 Prozent. Die einzige Partei, die trotz ihrer schlechten Wahlbeteiligung Stimmen gewann, war die SPD, die bei den Landtagswahlen 4700 Stimmen erhielt und also eine Zunahme von 400 Stimmen zu verzeichnen hat. Auch die Braunschweiger Wahlen zeigen wieder, dass die Kommunisten Partei überall markiert. Wenn bei einer so schlechten Wahlbeteiligung und bei einem so geringen Stimmenverlust der Sozialdemokraten unsere Braunschweiger Partei imlande ist, noch Hunderte von Stimmen zu gewinnen, so zeigt das, in welcher Weise sich das Vertrauen der Wähler zu den Kommunisten steigert.

Auch im Elbaj Wahltag der Kommunisten

Paris, 18. September.
Nach einer Meldung des „Journal aus Strassburg“ haben die Wahlen zum Generalrat in Niederbrunn folgendes Ergebnis gebracht: Der 1. am 11. 1/2 h Kandidat erhielt 1700 Stimmen, der 2. am 12. 1/2 h Kandidat erhielt 1470 Stimmen, der 3. am 13. 1/2 h Kandidat erhielt 1470 Stimmen. Es findet Stimmwahl statt. Die eifrigsten Kommunisten haben einen großen Erfolg erzielt. 3174 für die nationalfranzösischen Schreiber der Kongresspartei, außerdem auch der bürgerliche Nationalrat wurde geschlagen. Die Ursachen für den Sieg unserer Genossen liegt in der Unzufriedenheit der Arbeitermassen, die unter den Folgen der Wirtschaftskrise und der transnationalen Reaktion immer zu leiden haben. Die AWV, macht in Elbaj-Wahltagen rasch, erfreuliche Fortschritte.

Die DVB-Ortsgruppe in Gotha aufgelöst

(Eigener Bericht)

Gotha, 18. September.
Am Freitag, dem 15. September, fand hier die Ortsgruppenversammlung der im DVB organisierten Eisenbahner statt. Die Beschlüsse sind den Genossen einmütig, dass der Nationalrat und die wirtschaftliche Einheitsliste für sich Kollegen aus dem DVB, auf die

Zugeordnet geleist werde. Der vom Bezirksvorstand entsandene Wahltag erfüllt jetzt die Notwendigkeit und erklärte die ganze Ortsgruppe für aufgelöst.
Das ist die „Einigung“ des Proletariats durch die Arbeiterkameraden. Die Arbeiter legen jetzt in der Praxis, was die bürgerlichen Drahtzieher an der Spitze der Generalkomitee aus der „Einigung“ machen, eine Schwächung hat die Stärkung der Generalkomitee. Wollen die Arbeiter aller Parteien ihre Organisationen erhalten, um einen starken Rückhalt in ihrem Kampf gegen das Kapital zu haben, dann müssen sie sich jetzt erst recht gegen die Generalkomitee und auf die Seite des Kommunisten stellen. Nicht Selbstverleugung, sondern Kampf gegen Teuerung und Ausbeutung hat heute mehr denn je die Lösung sein.

Zur Auflösung des sächsischen Landtags

Die SPD- und USPD-Fraktion hat sich über den angeblichen „Berat“ der Kommunisten in Sachsen immer noch nicht beruhigen. Wir kommen deshalb auf die Auflösung des sächsischen Landtags zurück.
Der sächsische Landtag ist, trotz aller Kunststücke der Regierung, Sud-Lipinski, aufgelöst worden, und diese Regierung muss sich jetzt auf den Wahlkampf einstellen, vor dem sie sich mehr fürchtet, als der Teufel vor dem Kreuz. Doch der Landtag aufgelöst werden würde, hätte die Regierung nicht die Möglichkeit, die Parteien zu lösen, weil sie auf einen Erfolg der reaktionären Parteien rechnen, und unsere kommunistische Landesorganisation war sehr entschlossen, der loszulassen sozialistischen Regierung durch ihre ausfallenden Stimmen seine Unterjochung mehr angeben zu lassen, gerade deshalb, weil diese Unterjochung Unterjochung einer sozialistischen verfallenen Reaktion gewesen wäre. Man erinnert sich noch sehr gut, wie im Verlauf dieses Winters unsere Genossen immer und immer wieder der sächsischen Regierung Vorwürfe gemacht haben zur Errichtung einer wirklichen Einheitsfront der Arbeiter vor den unter und von unten nach oben. Sie konzentrierten ihre Vorwürfe in vier Abschnitten, von denen die wichtigsten der Reichstag gewesen ist, alle Gesetze einem sächsischen Betriebsratskongress vorklagen, auf diese Art wurde und in Gegenzug zur immer nach rechts abweichenden Reichsregierung, und nach Möglichkeit gemeinsam mit den Regierungen Thüringens und des damals noch sozialistischen Braunschweig einen Bund von Ländern mit einer Arbeiterregierung aufzurufen, wobei jeder entschieden zu betonen ist, dass eine Arbeiterregierung nicht das geringste zu tun hat mit jenen parlamentarischen Spottgebilden, die sich „sozialistische Regierungen“ schimpfen.

Wenn unter Genossen am 14. September mit den Bürgerlichen zusammen gegen die Regierung getrieben haben, so haben sie das deshalb getan, weil der Zustand in Sachsen unerträglich wurde. Die Regierung, deren Innenminister Lipinski trotz wirtschaftlicher, als ein selbstiger reaktionärer Minister (Eisenbahnerminister), diese Regierung wird jetzt, nachdem sie gefallt ist, von der „Freiheit“ verurteilt oder unerschämigt — eine sozialistische Arbeiterregierung genannt.

Diese aber hätte sehr wohl auch verfassungsmäßig das Recht und die Möglichkeit gehabt, Arbeiterfragen selbständig zu lösen, teils wäre es die Pflicht einer wirklichen Arbeiter-Regierung gewesen, genau so wie es Bayern tut, die Interessen derjenigen Klasse, deren Organ die Regierung sein will, rücksichtslos und nur auf die Arbeiterklasse gestützt, wahrzunehmen. Doch haben die Lipinski und Konraden nicht nur nicht getan, sondern sie haben selbständig die Interessen der Arbeiterklasse hinterlassen, es um nur ja nicht mit der Bourgeoisie zu verhandeln (hat doch sogar Herr Lipinski jetzt verbotene monarchistische Vereine wieder legalisiert).

Aber die Bourgeoisie löst, wenn sie stark genug ist, nicht mehr ihre Lokalen regieren und die Kommunisten haben nicht den geringsten Anhalt, die Lokalen der Bourgeoisie gegen ihre Herren zu halten. Der Landtag ist aufgelöst, und die sächsischen Arbeiter, insbesondere die sozialdemokratischen, haben jetzt vor dem Eintritt in den Wahlkampf sich dafür zu entscheiden, mit wem sie gehen wollen, mit den Kommunisten oder mit der Bourgeoisie. So steht heute die Frage, Einheitsfront? Jawohl, aber Einheitsfront des Kampfes und nicht des parlamentarischen Aushandels. Diese Einheitsfront haben nur die Sozialdemokraten gewollt, die das Kampfes noch stets gepredigt. Arbeiter-Regierung? Jawohl, aber nicht die parlamentarische Sozialdemokratische-Regierung mit der „sozialistischen“ Feigenartigkeit und dem reaktionären Sozialdemokraten und der hundert reaktionären Politik. Wir Kommunisten treten in den Wahlkampf ein mit diesen Parolen, und wir fordern, um ihnen Macht zu verliehen, die Mobilisierung des sächsischen Proletariats und seine Zusammenfassung im Betriebsratskongress: das ist für uns die Art, wie man die Frage der Arbeiter-Regierung löst. Wollen die Sozialdemokraten diesen Wahlkampf — mögen, dann ist die Einheitsfront hergestellt. Wollen sie ihn nicht — so mag die Regierung Sud-Lipinski fort die Hände waschen sein und alles Flehmen, um die verlorenen Position nicht hinwegwischen über die Tatsache, dass eine reaktionäre Regierung gegangen ist, um einer Stimmenskoalition Platz zu machen.

Die Arbeiterliste in Thüringen. Der Oberstaatsanwalt von Königsberg lenkt uns folgendes Schreiben: „Zu dem Artikel „Die Freisetzung der politischen Gefangenen des Proletariats“ in Nr. 151 des „Sozialisten“, Nr. 182 der „Tribüne“ für Magdeburg-Anhalt vom 6. August 1922. Die in der Resolution des Bezirksauschusses Ostpreußen der DVB, vom 4. August 1922 aufgeführte Behauptung, dass die in der Wädertation verurteilten Goldbacher Genossen noch in den österreichischen Gefängnissen und Südkarolen schmachteten, ist unrichtig. Am 4. August 1922 befanden sich bei dem Urteil des Schurmergers in Königsberg vom 19. 10. Oktober 1921 wegen Landfriedensbruchs verurteilten Personen auf freiem Fuß, bis auf den Arbeiter Schütz, der auch wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt ist und deshalb nicht unter das Amnestiegesetz fällt.“ — Der Herr Oberstaatsanwalt ist unrichtig, dass die in der Wädertation verurteilten Genossen sich endlich am 4. August 1922 in Freiheit befinden. Bei einem Arbeiter oder hat man glücklicherweise Grund gefunden, um ihn weiter im Kerker festzuhalten.

Wie ist nicht vereinigt, wird ausgeführt: Karlsruhe. Auf der Tagung der Unabhängigen Sozialdemokraten Badens wurde die Landtagsabgeordnete Frau Frieda Unger aus der Partei ausgeschlossen, und der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien zunächst beigetreten.
„Der Kaiser“ hat sich noch verhalten! Wolffs Bureau bringt folgende hochwürdige Meldung: Die Meldung von der Verlobung des deutschen Kaisers wird bestätigt. Der Kaiser wird voraussichtlich im November die vermittelte Prinzessin Hermine von Schönau-Carolath, geborene Prinzessin Reub a. L., als Gattin heimführen. Wahrscheinlich glaubt das monarchistische Bürgertum, dass die Mitteilung von der ungewöhnlichen Verlobung des Kaisers politische Wirkungen hat, möglich, dass die Arbeiterbewegung höher schlägt. Auch wir gratulieren! Wir haben noch nicht Prinzen genug!

Eingegangenes SPD-Blatt. Das sozialdemokratische „Schwarzwaldbuch“ in Freudenstadt stellt am 1. Oktober sein Erscheinen ein. In dessen Stelle tritt ein Kopfbuch der in Stuttgart erscheinenden „sozialistischen Tagblatt“ unter dem Titel „Schwarzwalder Volkswacht“.

Leben * Wissen * Kunst

Der Amateursozialist

Roman von Bernhard Shaw

241

Emilia hand in Hohen Kopf und ohne Kopf da seine Kanten...
"Sie sollen keine Kinder auf die Welt legen, wenn Sie so arm sind..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

"Sir Johns Gesundheit!" sagte Emilia und berührte den Arm...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Frau Sohn (ihm liebevoll ansehend): Nebenfalls hat es die...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

"Nur ein Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Den Brüdern im Kerker
Was uns auch räumlich trennen...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Frau Sohn: Das Ganze? Das ist ein großes Wort...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Emilia lag ungeduldig...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Die Frauen im Kerker
Was uns auch räumlich trennen...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Frau Sohn: Das ist uns ja immer vorgeworfen worden...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Emilia lag ungeduldig...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Die Frauen im Kerker
Was uns auch räumlich trennen...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Frau Sohn: Das ist uns ja immer vorgeworfen worden...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Emilia lag ungeduldig...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Die Frauen im Kerker
Was uns auch räumlich trennen...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Frau Sohn: Das ist uns ja immer vorgeworfen worden...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Emilia lag ungeduldig...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Die Frauen im Kerker
Was uns auch räumlich trennen...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Frau Sohn: Das ist uns ja immer vorgeworfen worden...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Emilia lag ungeduldig...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Die Frauen im Kerker
Was uns auch räumlich trennen...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Frau Sohn: Das ist uns ja immer vorgeworfen worden...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Emilia lag ungeduldig...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Die Frauen im Kerker
Was uns auch räumlich trennen...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Frau Sohn: Das ist uns ja immer vorgeworfen worden...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Emilia lag ungeduldig...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Die Frauen im Kerker
Was uns auch räumlich trennen...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Frau Sohn: Das ist uns ja immer vorgeworfen worden...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Emilia lag ungeduldig...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Die Frauen im Kerker
Was uns auch räumlich trennen...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."

Frau Sohn: Das ist uns ja immer vorgeworfen worden...
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."
"Aber Sie haben doch einen Mann..."
"Ich habe mich nicht getraut, das zu sagen..."